

MA-Thesis

Dan Krause

Die EU: Auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion?

**Integrationstheoretische Analyse
ausgewählter GSVP-Strukturen**



**Bachelor + Master
Publishing**

Dan Krause

Die EU: Auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion?

Integrationstheoretische Analyse ausgewählter GSVP-Strukturen

Originaltitel der Abschlussarbeit: Auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion? Integrationstheoretische Analyse von GSVP-Strukturen

ISBN: 978-3-86341-574-7

Druck Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2011

Zugl. Universität Hamburg, Hamburg, Deutschland, MA-Thesis, 2010

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2011

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2011
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1.		
	Einleitung	S. 7
	1.1 Ausgangslage: Problemdiagnose	S. 7
	1.2 Fragestellung/Leitfragen, Ziele, Grundannahmen	S. 9
	1.3 Politische und wissenschaftliche Relevanz	S. 13
	1.4 Gang der Untersuchung und Aufbau der Studie	S. 14
	1.5 Theorien und Methoden	S. 15
	1.5.1. Intergouvernementalismus	S. 17
	1.5.2. Supranationalismus	S. 19
	1.6 Quellen- und Literaturlage/ Stand der Forschung	S. 21
2.		
	Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee	S. 23
	2.1 Von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zum PSK	S. 24
	2.2 Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsalltag des PSK	S. 25
	2.3. Das Verhältnis zu den Hauptstädten	S. 28
	2.4. Intergouvernementale Deutungsmuster	S. 30
	2.5. Supranationale Deutungsmuster	S. 32
	2.6. Bewertung und Prognose	S. 34
3.	European Defence Agency und europäischer Rüstungsmarkt	S. 37
	3.1 Die Gründung der Europäischen Verteidigungsagentur	S. 38
	3.2 Aufbau und Aufgabenbereich der EDA	S. 40

3.3 Die politisch-strategische Funktion	
– Initiativen und Rahmenabkommen	S. 42
3.4 Forschung &	
Entwicklung und die Zusammenarbeit mit der Kommission	S. 45
3.5. Intergouvernementale Deutungsmuster	S. 47
3.6. Supranationale Deutungsmuster	S. 50
3.7. Bewertung und Prognose	S. 53
4. Zusammenfassung und Ausblick	S. 57
Anlagen	S. 63
Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 66

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage: Problemdiagnose

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union (EU) hat in den elf Jahren seit ihrer Entstehung eine bemerkenswert dynamische und bis Ende des letzten Jahrtausends nicht für möglich gehaltene Entwicklung vollzogen. Heute wird es fast schon als selbstverständlich betrachtet, dass die EU im Konflikt zwischen Russland und Georgien vermittelt und den Waffenstillstand mit eigenen Beobachtern begleitet und absichert hat. Völlig natürlich kreuzen Schiffe der Union als europäischer Marineverband vor der Küste Somalias, sichern EU-Truppen Wahlen in Afrika und Richter sowie Beamte helfen im Kosovo beim Aufbau des Justizsystems und rechtsstaatlicher Strukturen.¹ Gleichzeitig muss jedoch konstatiert werden, dass das sicherheitspolitische Handeln der EU, bei allen erreichten Fortschritten seit Begründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)², nicht immer von Kohärenz geprägt war. Oft zeigte die Gemeinschaft im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein ambivalentes Erscheinungsbild, das zwischen gemeinschaftlichem Handeln und nationalen Alleingängen oszillierte. Diese Tatsache ist wesentlich durch das besondere Neben- und Miteinander von europäischer und nationaler Ebene begründet und macht die EU zu einem sicherheitspolitischen Akteur eigener Art – zu einem international handelnden Integrationsverbund³, eng verflochtener, aber weitgehend souveräner Nationalstaa-

¹ Vgl. Keohane, Daniel: In defence of European defence, Institut for Security Studies (ISS), ISS Analysis, Paris 2009, abrufbar unter:

http://www.iss.europa.eu/uploads/media/In_defence_of_European_defence.pdf, Zugriff am 29.05.2010, S. 1.

² Da hier auf die Gründung der ESVP rekuriert wird, wird die Originalbezeichnung verwendet. Ansonsten wird – außer im historischen Kontext - durchgängig die neue Bezeichnung Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verwendet.

³ Integration wird in dieser Arbeit als ein Prozess verstanden, der aus einzelnen Elementen eine Ganzheit herstellt, die auf einer gemeinsamen Basis dauerhaft Bestand hat. Die entstandene Einheit stellt mehr dar, als die Summe der vereinten Teile. Sie kann als perpetuierte und institutionalisierte Kooperation beginnen, die von Akteuren aus verschiedenen Nationalstaaten freiwillig herbeigeführt wird. Diese haben das erklärte Ziel der Bildung gemeinsamer, grenzüberschreitend wirksamer Institutionen. Die dabei entstehenden neuen Akteure können supranationaler Natur sein. Politische Integration ist gesondert zu betrachten und wird daher auch eindeutig so bezeichnet, da sie zumindest den partiellen Verzicht von Souveränität und die Anerkennung der dabei entstandenen, übergeordneten Institutionen beinhaltet. Die Entstehung eines gemeinsamen Bewusstseins oder einer gemeinsamen Identität der agierenden und sich integrierenden Akteure kann sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis der Integration sein. Vgl. Nohlen, Dieter: Integration, in: Nohlen, Dieter und Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 1 A-M, 4. Aufl., München 2010, S. 412 sowie die Integrationsdefinition bei Schmidt, Siegmund und Schünemann, Wolf J.: Europäische Union. Eine Einführung, Wiesbaden 2009, S. 380.

ten.⁴ Die konkrete Bandbreite außen- und sicherheitspolitischer Varianz schwankt dabei zwischen fundamentalem Dissens und Spaltung, wie 2003 im Zuge des Irak-Krieges und schnellem, geschlossenem und entschiedenem Handeln am Beispiel der gemeinsamen europäischen Reaktion auf die Georgien-Krise 2008.⁵ Auch das erklärte Ziel schneller, gemeinsamer, umfassender regionaler und globaler sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit der EU⁶ ist bisher nur teilweise umgesetzt und zudem innereuropäisch und transatlantisch nicht unumstritten. Die Kontroverse hängt vor allem mit der uneinheitlich beantworteten Frage nach der Vereinbarkeit der vergleichsweise jungen Entwicklung EU-eigener Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen, mit dem Wunsch nach Fortsetzung der jahrzehntelang gewachsenen und bewährten Sicherheitspartnerschaft mit den USA und der NATO zusammen.⁷

Am 01. Dezember 2009 trat nach langen Verhandlungen der Lissabon-Vertrag (EUVL) in Kraft, der nach dem gescheiterten Verfassungsentwurf den augenblicklich konsensfähigen Grad an europäischer Integration, Kompetenzübertrag an Brüssel und Reformwillen zur Gestaltung einer handlungsfähigen EU der 27+⁸ darzustellen scheint.⁹ Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik als integraler Bestandteil der GASP stellte während der Beratungs- und Verhandlungsphasen einen der Diskussionschwerpunkte dar. Die für diesen Politikbereich erreichten Neuerungen, wie die Aufnahme der in GSVP umbenannten Sicherheits- und Verteidigungspolitik und des innerhalb derselben erreichten Status quo in das Primärrecht der EU, die eingeführten Möglichkeiten der Flexibilisierung der Zusammenarbeit, die gestärkte Rolle des Hohen Vertreters (HV) für die GASP und die damit einhergehende institutionelle Struktur- und Entscheidungsfindungsaggregation in Brüssel – maßgeblich durch den

⁴ Schmalz, Uwe: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in: Ehrhart, Hans-Georg et al. (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wiesbaden 2007, S. 92-107, S. 104.

⁵ Vgl. Ebd.; S. 104f. sowie Schmidt: Europäische Union, S. 314f.

⁶ Vgl. u.a.: Solana, Javier: Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie - Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel., angenommen vom Europäischen Rat, Brüssel, 11./12. Dezember 2008, abrufbar unter:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/104634.pdf, Zugriff am 29.05.2010, S. 2.

⁷ Vgl. Gnesotto, Nicole: EU Security and Defence Policy. The first five years (1999-2004), ISS, Paris 2004, S. 18.

⁸ Das Pluszeichen steht für die zu erwartende Aufnahme weitere Mitgliedsstaaten. Mit der Türkei und Kroatien laufen die Beitrittsverhandlungen bereits, bei Island steht eine Aufnahme kurz bevor. Albanien, Montenegro, Mazedonien und Serbien haben ihre Mitgliedschaft beantragt.

⁹ Zur Analyse und Bewertung des Vertrages von Lissabon siehe u.a.: Marchetti, Andreas und Demesmay, Claire (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon. Analyse und Bewertung, Baden-Baden 2010 sowie Lieb, Julia; Ondarza, Nicolai von und Schütz, Torsten (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon und seine Umsetzung. SWP-Webdossier, abrufbar unter: http://vt-www.bonn.izsoz.de/swpthemen/servlet/de.izsoz.dbclear.query.browse.BrowseFacette/domain=swp/lang=de/filter=13/sable=true/qqp=true?f58=12698_12698&order=-pubyear,title, Zugriff am 07.07.2010.

in der Entstehung befindlichen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)¹⁰ - sowie die Beistands- und Solidaritätsklausel werden in Politik und Wissenschaft höchst unterschiedlich beurteilt. Für die einen ist Lissabon der „Abschied von der Idee einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik“¹¹, die „Stagnation des Integrationsprojekts“¹² und das Ende der Visionen von einer europäischen Armee und der EU als einer neuen globalen Supermacht¹³, für die anderen sind es „gute Weichenstellungen für eine effizientere Handlungsweise in den Institutionen der EU“¹⁴, kommt Europa auf dem Weg zu einer *Euroarmee* auf pragmatische Weise voran¹⁵ bzw. ist Lissabon nicht der Endpunkt, sondern der Anfang für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das langfristige Ziel, den „Aufbau einer europäischen Armee unter voller parlamentarischer Kontrolle.“¹⁶ Diese Differenzen zeigen, wie unterschiedlich die Auswirkungen des EUVL in diesem Politikbereich und damit die Frage der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung der Zusammenarbeit in der GSVP, also der vertikalen Vertiefung der Integration in diesem Bereich, beantwortet werden.

1.2. Fragestellung/Leitfragen, Ziele, Grundannahmen

Die Zukunft der GSVP, die Frage der Fortführung ihrer dynamischen Entwicklung als das zentrale Integrationsprojekt der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts¹⁷, scheint also offen zu sein. Die Auswärtige Politik und insbesondere die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU erscheinen als „*enfant terrible*“¹⁸ des europäischen In-

¹⁰ Vgl. Rettmann, Andrew: EU takes „historic“ step on new diplomatic service, in: euobserver.com, vom 08.07.2010, abrufbar unter: <http://euobserver.com/9/30448>, Zugriff am 08.07.2010.

¹¹ Bendiek, Annegret: Neuer Europäischer Realismus. Abschied von der Idee einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik, SWP-Aktuell, Februar 2010, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6786, Zugriff am 29.05.2010.

¹² Bendiek, Annegret und Neyer, Jürgen: Lissabon illustriert Europas Ernüchterung, in Financial Times Deutschland vom 28.12.2009, Online-Ausgabe, abrufbar unter: <http://www.ftd.de/politik/europa/:reformvertrag-lissabon-illustriert-europas-ernuechterung/50054702.html>, Zugriff am 29.05.2010.

¹³ Vgl. Dembinski, Matthias: EU-Außenbeziehungen nach Lissabon, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18/2010, Bonn 2010, S. 9.

¹⁴ Marchetti: Der Vertrag von Lissabon, S. 16.

¹⁵ Vgl. Varwick, Johannes: Auf dem Weg zur „Euroarmee“, in Internationale Politik, Januar 2007, Online-Ausgabe, abrufbar unter: <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang2007/januar2007/auf-dem-weg-zur---euroarmee---.html>, Zugriff am 29.05.2010.

¹⁶ Westerwelle, Guido: Die Zukunft europäischer und globaler Sicherheit, Rede zur 46. Münchner Sicherheitskonferenz 2010, abgedruckt in: Europäische Sicherheit, 03/2010, S. 26-28.

¹⁷ Vgl. Solana, Javier: Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Das Integrationsprojekt der nächsten Dekade, in: Integration, 23. Jg., 1/2000, S. 1-6, S. 1.

¹⁸ Morisse-Schilbach, Melanie: Diplomacy and CFSP – Insights from historical institutionalism, Dresdner Arbeitspapiere Internationale Beziehungen Nr. 5, Dresden 2002, S. 4.

tegrationsprozesses. Während in anderen Kernbereichen nationalstaatlicher Souveränität - langfristig betrachtet - eine kontinuierliche Übertragung von Kompetenzen an die Gemeinschaft zu verzeichnen ist¹⁹, prägt hier die beharrliche Verweigerung der Abgabe von diplomatischen, politischen und militärischen Hoheitsrechten die Politik der Mitgliedsstaaten.²⁰ Eine stärkere sicherheitspolitische Kooperation führte bisher nur zu verbesserter mitgliedsstaatlicher Zusammenarbeit, aber nicht zu einem Mehr an politischer Integration innerhalb der EU.²¹

Daher bewegt sich die Erkenntnis leitende Fragestellung vor dem Hintergrund eines Politikbereichs, in welchem die Mitgliedsstaaten auch nach Lissabon grundsätzlich die Schlüsselrolle behalten und der intergouvernementale Entscheidungsmechanismus in der GASP und GSVP scheinbar nicht in Frage gestellt wird.²² Gleichzeitig scheint es aber vermehrt Anzeichen für eine besondere Form des Regierens, zwischen strikt intergouvernementalen und supranationalen Formaten, in Form sogenannter *Brüsselisierung*²³ und *Europäisierung*²⁴ zu geben. Diese institutionell und technisch bedingten normativen und sozialen Effekte, die u.a. bereits durch die generelle europäische Struktur- und Entscheidungsfindungsaggregation in Brüssel beför-

¹⁹ Beispielsweise in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

²⁰ Vgl. Keohane, Daniel: Europe's new defence agency, Centre for European Reform, London 2004, abrufbar unter: http://www.cer.org.uk/pdf/policybrief_defence_agency.pdf, Zugriff am 30.06.2010, S. 2 sowie Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, European Council on Foreign Relations, London 2008, S. 3. und die Tabelle 1.4. zur sektoralen und vertikalen Integration der EU-Politikfelder bei Rittberger, Berthold und Schimmelfennig, Frank: Kapitel 1 Integrationstheorien: Entstehung und Entwicklung der EU, in: Holzinger et al.: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Paderborn 2005, S. 19-80, S. 41.

²¹ Vgl. Gnesotto: EU Security and Defence Policy, S. 21; Major, Claudia: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon. Neue Möglichkeiten, aber kein grundlegender Wandel, SWP-Aktuell, Januar 2010, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6739, Zugriff am 03.06.2010, S. 1.

²² Vgl. Bendiek: Neuer Europäischer Realismus, S. 2f.

²³ Müller-Brandeck-Bocquet beschreibt dies als einen Prozess „which does not have recourse to the Community methods of the First Pillar, and yet denationalizes the CSFP by diminishing the roles of the Member states and of intergovernmentalism. Thus brusselizing the CFSP means that while relevant competencies do remain ultimately at the disposal of the Member States, the formulation and implementation of policy will be increasingly europeanized and brusselized by functionaries and services housed permanently at Brussels.“ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: The New CFSP and ESDP Decision-Making System of the European Union, in: European Foreign Affairs Review, No. 7/2002, S. 257-282, S. 261.

²⁴ Europäisierung meint ebenfalls den Prozess der Einbindung aller Akteure in die europäische Perspektive, in die EU-Abläufe und Gepflogenheiten, die Sozialisierung in Brüssel durch den ständigen Kontakt und das Bewegen auf dem Terrain der Union. Auch die Ausrichtung der nationalen Politiken im Bereich der Außen und Sicherheitspolitik auf die Umsetzung von - noch immer nationaler - Politik im europäischen Rahmen, die nicht ohne Rückwirkung auf dieselbe bleiben kann. Zum Teil ist mit beiden Begriffen auch die – über die EU hinausgehende – hohe Interaktionsdichte zwischen den Außen- und Sicherheitspolitikern in EU, NATO, WEU und allen weiteren Organisationen und Think Tanks in Brüssel gemeint. Vgl. hierzu Peters, Dirk und Wagner, Wolfgang: Kapitel 5 Die Europäische Union in den internationalen Beziehungen, in: Holzinger et al.: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Paderborn 2005, S. 255. In dieser Arbeit werden die Begriffe synonym verwendet.